

Joachim Zweynert

Die Krise in Russland – Ordnungs- oder Konjunkturproblem?

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Russland besonders hart getroffen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Staat und Wirtschaft wieder eine zunehmend engere Bindung eingehen. Für die Zukunft hält es Joachim Zweynert für unabdingbar, den „Weg in den Staatskapitalismus“ zu verlassen.

In einer Videobotschaft, die am 23. Oktober 2008 ausgestrahlt wurde, machte der russische Präsident Dmitrij Medvedev die US-amerikanische Regierung direkt für die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. Er betonte, Russland sei „bisher nicht in diesen Whirlpool geraten“ und habe gute Chancen, das zu vermeiden.¹ Bekanntlich ist es anders gekommen. Russland ist von der Krise so hart getroffen worden wie kaum ein anderes Land. Zwischenzeitlich – im Februar dieses Jahres – hatte der wichtigste russische Aktienindex RTS beinahe 80% seines Werts eingebüßt; inzwischen hat er immerhin wieder rund 37% seines Höchststandes vom 16. Mai 2008 erreicht.² Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat für 2009 einen Rückgang des russischen BIP von 7,5%,³ die Weltbank gar von 7,9% prognostiziert. Nur durch massivste Interventionen ist es der russischen Zentralbank gelungen, einen Absturz des Rubelkurses zu verhindern und eine „sanfte Landung“ durch schrittweise Abwertung zu realisieren. Doch obwohl die Notenbank dafür bis dahin rund 200 Mrd. US-\$ auf den Markt geworfen hatte, büßte der Rubel gegenüber US-Dollar und Euro bis Anfang März 2009 mehr als 30% seines Werts ein und hat von diesem Niveau aus bisher nur geringfügig dazu gewonnen.⁴ Die Arbeitslosigkeit wird laut Weltbank Ende 2009 bei rund 13% liegen, der Anteil der Armen an der Bevölkerung auf 17,4% steigen und die Mittelklasse entsprechend um 6,2 Mio. Menschen schrumpfen (Rückgang von 55,6% auf 51,2%).⁵

Zwar war es Ende Oktober offenkundig, dass Russland bereits in den Sog der internationalen Krise geraten war, aber noch etwa zwei Monate zuvor war man auch in russischen Expertenkreisen recht zuversicht-

lich gewesen, dass das Land von der Krise weitgehend verschont bleiben könnte. Tatsächlich gaben die Ausgangsbedingungen einigen Grund zum Optimismus: Die russische Volkswirtschaft war von 1999 bis 2008 mit durchschnittlich etwa 7% jährlich gewachsen, und in den ersten drei Quartalen 2008 hatte die Wachstumsrate sogar bei mehr als 8% gelegen. Wie in den Jahren zuvor zeichnete sich nicht nur ein deutlicher Haushaltsüberschuss⁶, sondern gar ein Double Surplus – ein positiver Staatshaushalt und ein Leistungsbilanzüberschuss ab. Der Stand der Goldreserven betrug im August 2008 581 Mrd. US-\$, und der Stabilisierungsfonds war mit 157 Mrd. US-\$ gefüllt, was etwa 9% des BIP entspricht. Zieht man nun noch in Betracht, dass das russische Durchschnittsgehalt seit 1999 von 70 auf 400 US-\$ gestiegen war und sich die Zahl der Armen drastisch reduziert hatte – man geht von einer Halbierung der Zahl der städtischen Armen und einem Rückgang der Zahl der ländlichen Armut um immerhin ein Drittel aus –, dann schien sich tatsächlich der Umriss einer Volkswirtschaft im Take off abzuzeichnen, die ähnlich wie Brasilien, Indien oder China ansetzte, in die erste Riege der Wirtschaftsnationen aufzusteigen. So war es vor dem Ausbruch der Krise eine in russischen politischen Kreisen viel diskutierte Frage, ob Russland im Jahre 2020 an fünfter oder an sechster Stelle der größten Wirtschaftsnationen der

¹ Die Videobotschaft mit englischen Untertiteln findet sich in voller Länge auf Youtube, www.youtube.com/watch?v=DvGavK-eESM.

² Dieser Höchststand betrug 2487,92 Punkte. Seinen Tiefststand erreichte der RTS am 23. Januar 2009 mit 498,20, am 26. Juni lag er bei 932,74 Punkten. Vgl. www.rts.ru, Download am 29. Juni 2009.

³ Vgl. www.ebrd.com/new/pressrel/2009/090507k.htm, Download am 29. Juni 2009.

⁴ Vgl. www.stratfor.com/weekly/20090302_financial_crisis_and_six_pillars_russian_strength, S. 1, download am 29. Juni 2009. Vor der Krise kostete der Euro etwa 36 Rubel; seinen Tiefststand erreichte der Rubel im Februar 2009, als der Euro zeitweise 46 Rubel kostete. Aktuell sind es rund 44 Rubel. Vgl. http://www.finanzen.net/devisen/euro-russischer_rubel-kurs, Download am 29. Juni.

⁵ Vgl. The World Bank in Russia: Russian Economic Report, Nr. 19, Juni 2009, S. 1.

⁶ In den Jahren 2005 bis 2007 hatte er bei durchschnittlich 7% gelegen.

PD Dr. Joachim Zweynert, 39, ist wissenschaftlicher Leiter der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI und Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts in Erfurt. Er lehrt daneben am Department Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg.

Wachstumsrate des BIP

(Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %)

	2008	2009	2010	2011
Welt	1,9	-2,9	2,0	3,2
Industrielländer	0,7	-4,2	1,3	2,4
Entwicklungsländer	5,9	1,2	4,4	5,7
Russland	5,6	-7,5	2,5	3,0
China	9,0	6,5	7,5	8,5
Indien	6,1	5,1	8,0	8,5
Brasilien	5,1	-1,1	2,5	4,1

Quelle: The World Bank: The global outlook in summary, 2007-2011, web.worldbank.org.

Erde stehen werde.⁷ Von solchen Gedankenspielen, wie auch von der Vorstellung, mit China und Indien in einer Liga spielen zu können, wird sich Russland wohl vorerst verabschieden müssen.

Krise ölpreisbedingt?

Denn wenn man den Prognosen der Weltbank Glauben schenkt, wird die Krise in China und Indien zwar jeweils zu Wachstumseinbußen führen, nicht aber zu einem absoluten Rückgang des BIP (vgl. Tabelle). Wie ist es zu erklären, so lautet die entscheidende Frage, dass Russland trotz seiner günstigen makroökonomischen Daten so schwer getroffen ist? Gibt es Faktoren, die die Übertragung der internationalen Krise auf Russland entscheidend verstärkt haben? Oder deutet die Schwere der Krise auf innere, strukturelle Ursachen hin? Vergleichen wir, um die russische Krise in den internationalen Kontext einordnen zu können, den Verlauf der wichtigsten russischen und US-amerikanischen Börsenindizes, des RTS und des Dow Jones Industrial Average (vgl. Schaubild 1).

Es fällt hier sogleich ins Auge, dass die Kursentwicklungen zwar grundsätzlich parallel verlaufen, dass dies aber nicht für den Zeitraum zwischen Mitte Juli und Mitte Oktober 2008 gilt. Denn der Einbruch des RTS war wesentlich einschneidender als der des Dow Jones. Von den jeweils Mitte Oktober erreichten Kursniveaus aus – etwa 60% des Ausgangswerts beim Dow Jones und etwa 45% beim RTS – verläuft die weitere Entwicklung dann wieder parallel. Wollen wir also erklären, warum der Einbruch in Russland besonders drastisch war, müssen wir uns auf diesen Zeitraum konzentrieren.

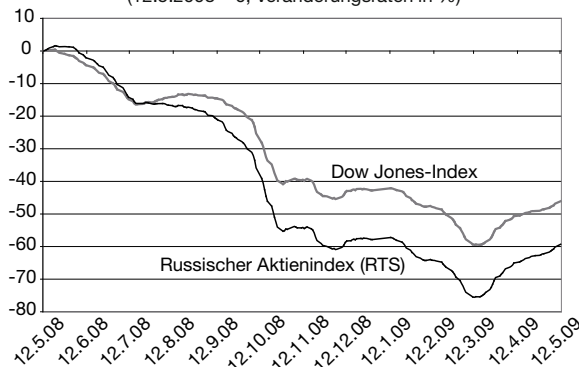
Wann immer man über die makroökonomische Performance der russischen Volkswirtschaft spricht, sind Schwankungen des Ölpreises die erste Erklärungsvariable, die es zu betrachten gilt. Über die Frage, ob das russische Wachstum seit 1999 hauptsächlich auf

⁷ Vgl. Institute for the Economy in Transition: Russian Economy in 2008. Trends and Outlooks, Moskau 2009, S. 9.

Schaubild 1

Russischer Aktienindex (RTS) und Wall Street (Dow Jones)

(12.5.2008 = 0, Veränderungsrate in %)



Quelle: Jens Hölscher: 20 Jahre Wirtschaftstransformation – Fortschritte und Fehlschläge, im Zeitgespräch „Ehemalige Ostblockstaaten: Transformation gelungen?“, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 89. Jg. (2009), H. 5, S. 291.

den gestiegenen Ölpreis zurückzuführen sei, ist in den letzten Jahren intensiv und zum Teil kontrovers diskutiert worden.⁸ Klar ist, dass Russland ganz erhebliche Windfall Profits eingestrichen hat: So stieg 2005 die Einnahmen aus Rohstoffexporten im Vergleich zum Vorjahr um etwa 25%, während die mengenmäßige Zunahme lediglich 3% betragen hatte.⁹ Vor diesem Hintergrund steht außer Frage, dass der im Zeitraum von Mitte Juli bis Mitte September 2008 um rund 40% gesunkene Ölpreis einen guten Teil des Einbruchs der russischen Börse zu erklären vermag. Aber: Wie bereits festgestellt, brach der RTS nicht um knapp 40%, sondern um mehr als 50% ein. Schon hier ergibt sich ein erklärungsbedürftiges Residuum von mehr als 10%. Gegen eine monokausale, auf den Ölpreis abstellende Erklärung spricht aber vor allem, dass die Leitindizes der OPEC-Länder, von denen die meisten sogar noch abhängiger von Erdölexporten sind als Russland, im gleichen Zeitraum im Durchschnitt „lediglich“ um 20% eingebrochen sind.¹⁰

⁸ Einen guten Überblick über diese Diskussion gibt P. Sutela: Haben Putins Reformen Russland zu einem schnellen Wirtschaftswachstum verholfen?, in: H.-H. Höhmann, H. Pleines (Hrsg.): Nur ein Ölboom? Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung, Münster u.a. 2005, S. 35-55.

⁹ Vgl. V. Obolenskij: Vnešnaja trgovlja Rossii: Tempy sverchvysokie, tovarnoe napolnenie prežnee (Russlands Außenhandel: Extrem hohes Wachstum bei gleichbleibender Warenzusammensetzung), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Nr. 1, 2006, S. 78-87, hier S. 78.

¹⁰ Vgl. A. Illarionov: Priroda rossijskogo krizisa (Die Natur der russischen Krise), www.gazeta.ru/comments/2008/10/01_x_2846502.shtml, Download am 29. Juni 2009. Hier und im nächsten Absatz folge ich weitgehend der Analyse dieses ehemals engen wirtschaftspolitischen Beraters Vladimir Putins, der aber unter Hinweis auf die zunehmende Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien in Russland am 21. Dezember 2005 einen Bruch mit der Putin-Administration vollzog und seitdem als einer der schärfsten Kritiker der russischen Wirtschaftspolitik auftritt.

Innere Faktoren

Richten wir unseren Blick auf innere Faktoren, die die Stärke des Einbruchs erklären könnten, so ergibt sich die folgende Chronologie der russischen Krise: Am 18. Juli 2008 eskalierten die Spannungen zwischen der russischen Regierung und dem russisch-britischen Mineralölkonzern TNK-BP;¹¹ nach Problemen mit der Erteilung eines Visums verließ Unternehmenschef Robert Dudley am 24. Juli 2008 Russland – der RTS verlor 4,5% seines Werts.¹² Am gleichen Tag warf Vladimir Putin dem Vorstandsvorsitzenden der Mechel AG, einem der führenden russischen Bergbau- und Montanunternehmen, Igor Zyzin, finanzielle Unregelmäßigkeiten und Steuerhinterziehung vor,¹³ worauf eine massive Kapitalflucht einsetzte. Am 8. August 2008 schließlich begann der Georgien-Krieg, an dessen Ende die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens stand. Auf die internationale Kritik an der Anerkennung der beiden abtrünnigen Republiken reagierte Putin mit einer Rhetorik, die an die Zeiten des Kalten Krieges erinnerte.

Betrachten wir etwas näher, was diese drei Ereignisse miteinander und mit der Tiefe des wirtschaftlichen Einbruchs zu tun haben: Bekanntermaßen hängt Russlands Zukunft als Erdölexporteur davon ab, ob es gelingen wird, neue Ölfelder zu erschließen. Dazu sind die einheimischen Konzerne dringend auf westliches Kapital und Know-how angewiesen. Gleichzeitig jedoch hat die russische Regierung erkennen lassen, dass sie die Kontrolle über das Ölgeschäft anstrebt. So lautet eine der Erklärungen für die Verhaftung und Verurteilung Michail Chodorkovskijs, dem Kreml sei weniger das politische Engagement des Vorstandsvorsitzenden als vielmehr die geplante Kooperation der Yukos AG mit einem US-amerikanischen Konzern ein Dorn im Auge gewesen. Vor diesem Hintergrund galt TNK-BP vielen Beobachtern als ein Testfall, inwieweit eine gleichberechtigte russisch-westliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung noch möglich ist. Die politisch induzierte De-facto-Machtübernahme der russischen Seite innerhalb des Joint Ventures hat diese Frage vorläufig beantwortet. Damit ist auch die Frage völlig offen, ob Russland seine Stellung als wichtiger Erdöl- und Gasexporteur wird halten können. Die Anschuldigungen gegen Igor Zyzin riefen Erinnerungen an den Fall Chodorkovskij wach,¹⁴

und schon damals hatte eine massive Kapitalflucht nicht lange auf sich warten lassen. Insbesondere seit den inzwischen periodisch auftretenden Gasstreits mit der Ukraine steht Russland hinsichtlich seiner Zuverlässigkeit als wirtschaftlicher und politischer Partner unter besonders sorgfältiger Beobachtung der westlichen Investoren. Wenn sie nach dem Georgien-Krieg ihr Kapital abzogen, dann hatte das nichts mit einer Verschwörung des Westens gegen Russland zu tun, wie einige russische Politiker verkündeten, sondern mit einer nüchternen Neubewertung der politischen Risiken.

Vernachlässigung der institutionellen Reformen

Es zeigt sich also, dass in Russland die Politik noch immer von entscheidendem Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist und der drastische Einbruch zwischen Juli und September 2008 hier eine wichtige Ursache hat. Dass die Politik noch immer von so überragender Bedeutung ist, verweist auf tiefgreifende institutionelle Probleme der russischen Volkswirtschaft, die sich in den letzten Jahren drastisch verschärft haben. Um sie zu verstehen, müssen wir den Verlauf der russischen Transformation in der hier gebotenen Kürze Revue passieren lassen: Die übereilte Preisliberalisierung und Privatisierung bei gleichzeitiger Vernachlässigung der notwendigen institutionellen Reformen führte – im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren – in der Jelzin-Ära zu einer nachhaltigen Schwächung des Staates. Als Folge gelang es einer überschaubaren Gruppe superreicher Wirtschaftsakteure, den sogenannten „Oligarchen“, entscheidenden Einfluss auf die russische Politik zu erhalten. Ihren Höhepunkt erreichte dieser Prozess des „State Capture“¹⁵ im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1996, als die „Oligarchen“ im Rahmen eines „Loans for Shares“-Programms den Wahlkampf Boris Jelzins finanzierten und damit entscheidend zu seiner Wiederwahl beitrugen.

Gerade in wirtschaftspolitischer Hinsicht kann man die Putin-Ära in zwei Etappen untergliedern: Zwischen 2000 und 2003 versuchte die Regierung erfolgreich, den Einfluss der Oligarchen zurückzudrängen, um so zu einer saubereren Trennung zwischen Staat und Wirtschaft zu kommen. Gleichzeitig wurde eine liberale Reformagenda entworfen und teilweise auch umgesetzt; es wurde eine Flat-tax eingeführt, die lange überfällige Bodenreform verabschiedet und die Sozialpolitik grundlegend modernisiert. Danach jedoch kam es zum Abbruch der strukturellen Reformen. Ob nun die Proteste gegen die Sozialreformen, das Geiseldra-

¹¹ Vgl. www.manager-magazin.de/koepfe/personalien/0,2828,576270,00.html, Download am 29. Juni 2009.

¹² Vgl. www.finanzennachrichten.de/nachrichten-2008-07/11371567-roundup-putins-kritik-an-stahlkonzern-mechel-setzt-aktienkurse-auf-talfahrt-016.htm, Download am 29. Juni 2009.

¹³ Vgl. www.youtube.com/watch?v=y2SEXLQFuak, Download am 29. Juni 2009.

¹⁴ Bisher wurden übrigens keine rechtlichen Schritte gegen Zyzin eingeleitet.

¹⁵ Vgl. dazu: J. S. Hellman et al.: Seize the State, Seize the Day. State Capture and Influence in Transition Economies, in: *Journal of Comparative Economics*, Bd. 31, Nr. 4, 2003, S. 751-773.

ma von Beslan oder der „Fall Yukos“ der entscheidende Auslöser war, ist heute schwer zu beurteilen.

Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft

Fest steht jedenfalls, dass seit 2004 an Stelle der wirtschaftsliberalen Reformagenda von Putins erster Amtszeit eine immer weitere Stärkung der „Vertikale der Macht“ getreten ist – eine Tendenz, an der sich seit dem Amtsantritt Dmitrij Medvedevs zumindest bisher nichts geändert hat. Am Vorabend der Krise kam es in Russland zu einer immer stärkeren Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft. Der Glaube, dass nur der Staat die russische Volkswirtschaft modernisieren könne, findet seinen deutlichsten Ausdruck in der 2007 erfolgten Gründung von sechs großen staatlichen Holdings wie „Rosnanotech“, die dem Land eine führende Rolle in der Nanotechnologie erobern soll, „Rostechologies“, die technologische Innovationen fördern soll, und weiteren.¹⁶

Das ist aber gewissermaßen nur die Spitze des Eisberges. Denn in den letzten Jahren hat der Kreml erfolgreich versucht, seinen Einfluss auf alle Bereiche der russischen Volkswirtschaft auszudehnen, die der Regierung als „strategisch bedeutsam“ erscheinen. Das hat zur Folge, dass staatliche Beamten einen immer stärkeren Einfluss auf das Wirtschaftsleben gewinnen. Vor diesem Hintergrund verdient es besonders hervorgehoben zu werden, dass gerade die Verwaltungsreform zu jenen Reformvorhaben gehört, die nach 2004 auf Eis gelegt worden sind. Mit dem steigenden Einfluss des Staates schwimmt – wie in der Jelzin-Ära – die Grenze zwischen Wirtschaft und Staat. Doch handelt es sich heute nicht um ein State Capture durch private Akteure, sondern umgekehrt um ein Business Capture durch den Staat.¹⁷ Es gibt im Russischen heute den treffenden Begriff des „čip“ (Abkürzung für „činovnik-predprinimatel“), wörtlich des „Beamten-Unternehmers“, eines Beamten, der sich gleichzeitig (!) auch als Unternehmer betätigt. Die wenig überraschende Folge ist, dass Russland in den letzten Jahren im Rating von Transparency International immer weiter abgerutscht ist. Heute liegt das Land gemeinsam mit Kenia, Syrien, Bangladesh und Osttimor auf Platz 147 von 180.¹⁸

Russlands Auslandsschulden

Was aber hat die strukturelle Tendenz hin zum Staatskapitalismus mit der makroökonomischen Volatilität zu tun? Um diesen Zusammenhang zu verstehen,

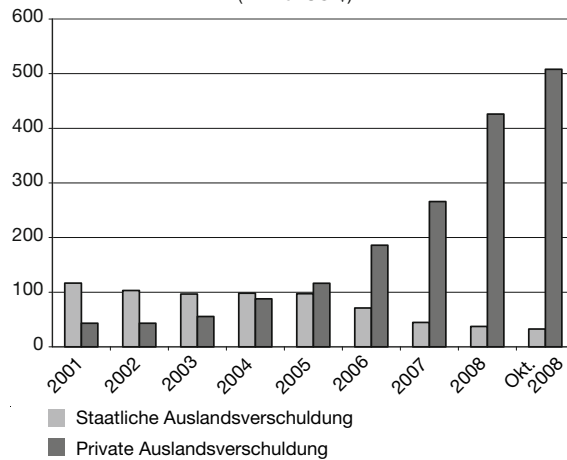
¹⁶ Vgl. Institute for the Economy in Transition: Russian Economy in 2008, S. 434 ff.

¹⁷ Vgl. A. Yakovlev: The Evolution of Business-State Interaction in Russia: From State Capture to Business Capture?, in: Europe-Asia Studies, Bd. 58, Nr. 7, 2006, S. 1033-1056.

¹⁸ www.transparency.org/news_room/in_focus/2008/cpi2008/cpi_2008_table, Download am 29. Juni 2009.

Schaubild 2
Die Auslandsverschuldung Russlands

(in Mrd. US-\$)



Quelle: Institute for the Economy in Transition: Russian Economy in 2008. Trends and Outlooks (Issue 30), Moskau 2009.

lohnt ein Blick auf das Ausmaß und vor allem auf die Zusammensetzung der russischen Auslandsschulden (vgl. Schaubild 2).

Auf den ersten Blick könnte man es als ein begrüßenswertes Zeichen steigender internationaler Verflechtung und des zunehmend marktlichen Charakters der russischen Volkswirtschaft sehen, dass die russischen Unternehmen Kapital auf den internationalen Finanzmärkten aufgenommen haben, während gleichzeitig der Anteil der staatlichen Auslandsschulden gesunken ist. Das aber wäre eine krasse Fehlinterpretation. Denn bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass es vor allem große, kremlnahe Unternehmen sind, die sich im Ausland verschuldet haben. Sie erhalten dort besonders günstige Konditionen, weil den Kreditgebern bekannt ist, dass diese Unternehmen über eine „weiche“ Budgetrestriktion verfügen: Sollten sie in Zahlungsschwierigkeiten geraten, so werden sie Zugriff auf das staatliche Budget erhalten. Sie handeln nach dem Motto: „Private Profite, öffentliche Verluste“, können also so gut wie nicht bankrott gehen – es sei denn, der Staat selbst gerät in Zahlungsschwierigkeiten.¹⁹

Eine solche halbstaatliche Eigentumsform ist nicht nur für Kreditgeber interessant, sondern auch für Investoren. Gerade hochspekulative Hedgefonds hofften, von dieser – volkswirtschaftlich gesehen – schlechtesten aller möglichen Ausgestaltungen der Eigentumsrechte profitieren zu können. In diesem Zusammenhang spricht es Bände, dass um die Mitte des Jahres

¹⁹ Vgl. Institute for the Economy in Transition: Russian Economy in 2008, S. 14.

2008 die zehn am stärksten kapitalisierten russischen Aktiengesellschaften allein für 66% der Gesamtmarktkapitalisierung sorgten – wobei 50% der Gesamtkapitalisierung sich auf den Öl- und Gassektor konzentrierten.²⁰ Der entscheidende Punkt ist dabei: Unter der Bedingung weicher Budgetrestriktionen kann ein Aktienmarkt seine volkswirtschaftliche Funktion nicht erfüllen. Sie besteht darin, durch Kapitalisierung der effizientesten und innovativsten Unternehmen (und damit der relativen Dekapitalisierung weniger erfolgreicher Anbieter) zum Selektionsprinzip des Wettbewerbs beizutragen. Wo es aber vor allem auf die Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern statt auf Effizienz und Innovationsfähigkeit auf dem Markt ankommt, wird statt Profitstreben das Streben nach staatlichen Renten unterstützt.²¹ Rent-Seeking statt Profit-Seeking mindert nicht nur mittel- bis langfristig das Wachstumspotential, sondern es trägt auch massiv zur Instabilität der Finanzmärkte bei. Denn ausländische Investoren, die lediglich von der zunehmenden Verquickung zwischen Staat und Wirtschaft und damit gerade von der Verschlechterung des Ordnungsrahmens zu profitieren hoffen, sind auch die ersten, die ihr Geld wieder abziehen, wenn die politische Stabilität gefährdet zu sein scheint – genau das zeigte sich nach dem Georgien-Krieg.

Der Weg in den Staatskapitalismus

Der Weg in den Staatskapitalismus, die immer stärkere Vermischung der politischen und der wirtschaftlichen Sphäre unter der Ägide des Staates, hat die russische Volkswirtschaft viel verwundbarer gemacht. Die Regierung hätte deshalb gute Gründe für eine grundlegende Kurskorrektur. Doch deutet ganz im Gegenteil alles darauf hin, dass der Kreml die Krise gerade als Chance betrachtet, endgültig Herr über das wirtschaftliche Geschehen zu werden.

Zunächst aber sei hervorgehoben: Angesichts des Umstandes, dass viele Akteure in den russischen Schlüsselinstitutionen wenig Erfahrungen im Umgang mit Wirtschaftskrisen hatten, haben sie beachtliche Arbeit geleistet. In vielen Bereichen haben sie mit Erfolg die gleichen Maßnahmen angewendet wie ihre Kollegen in Westeuropa und in den USA. Eine Besonderheit indes fällt auf: Wie die Weltbank in ihrem Russland-Report vom April dieses Jahres betont, hat es in Russland kaum Maßnahmen zur Stützung der Binnennachfrage gegeben.²² Stattdessen habe man sich fast ausschließlich auf angebotsseitige Eingriffe beschränkt. Ähnlich

wie im Falle der Auslandsverschuldung darf man auch hier nicht einem naheliegenden Trugschluss erliegen: Was zunächst nach einer besonders liberalen Form der Krisenbekämpfung (Stichwort: „Angebotspolitik“) klingt, ist in Wirklichkeit das genaue Gegenteil davon, nämlich „weiche“ Verstaatlichung. Der entscheidende Vorgang, den wir heute im Zuge der Krisenbekämpfung in Russland beobachten können, ist genau spiegelbildlich zu dem, was 1996 im Zuge des Loans-for-Shares-Programm geschah: Der Staat löst die Auslandsschulden bereits kremlnaher Unternehmen ab und sichert sich so endgültig seinen politischen Einfluss. Langfristig wird das zur Folge haben, dass diese Unternehmen noch weniger nach den Erfordernissen des Marktes und noch stärker nach politischer Opportunität handeln werden. Damit scheint heute bereits festzustehen, dass die Krise in Russland gerade nicht als politische „Reinigungskrise“ wirken wird, sondern sogar zu einer weiteren Verschlechterung des institutionellen Umfeldes führen wird. Die Qualität der Institutionen aber ist – das haben auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank inzwischen gelernt – die alles entscheidende Schlüsselvariable für Wachstum und Entwicklung.

Angesichts der katastrophalen Erfahrungen, die die russische Bevölkerung mit der „Marktwirtschaft“ bzw. mit dem, was man damals so bezeichnete, unter Boris Jelzin gemacht hat, ist es gut nachvollziehbar, dass der Markt im heutigen Russland noch immer stark diskreditiert ist. Selbst im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs werden seit einigen Jahren jene Stimmen immer lauter, die sich für staatliche Investitionslenkung, Indikativplanung oder gar eine ganz- oder teilweise Rückkehr zur Planwirtschaft aussprechen. Wenn der Weg in den Staatskapitalismus fortgesetzt wird, so wird die russische Bevölkerung schon bald die Erfahrung machen müssen, dass er in keiner Weise geeignet ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu verbessern. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erfahrung in überschaubarer Zukunft zu der Einsicht führen wird, dass langfristig nur eine Verbesserung des Institutionengefüges – und das heißt in erster Linie eine saubere Trennung zwischen Wirtschaft und Politik – zu jenem qualitativen Wachstum führen kann, das Russland so dringend benötigt. Zweifellos liegt die Ursache der heutigen Krise in Russland zum Teil in den USA. Die Stärke, mit der das Land trotz seiner günstigen makroökonomischen Ausgangslage getroffen wurde, hat die institutionelle Schwäche der russischen Volkswirtschaft indes schonungslos offengelegt. Insofern kann die im Titel gestellte Frage eindeutig beantwortet werden: Die heutige Krise in Russland ist in erster Linie ein Ordnungsproblem.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 395.

²¹ Vgl. Grundlegend dazu: J. M. Buchanan et al. (Hrsg.): *Toward a Theory of the Rent-Seeking Society*, Colle Station, Texas 1980.

²² The World Bank in Russia: *Russian Economic Report*, Nr. 18, März 2009.